



EDITORIAL

DIE ERSTEN 100 TAGE DER PRÄSIDENTSCHAFT OBAMA

100 Tage sind vergangen, seitdem Barack Hussein Obama am 21. Januar 2009 als 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt wurde. „Yes we can!“ Mit diesem Ruf zog er während des Wahlkampfes nicht nur Millionen Amerikaner in seinen Bann. Wie ein Popstar eroberte er die Herzen der Menschen weltweit.

Die neue Obama-Regierung ist offensichtlich bemüht, das Ansehen der Vereinigten Staaten von Amerika nachdrücklich zu verbessern. Dies auch aus der Einsicht, dass man in der heutigen Welt seine Interessen nicht unilateral durchsetzen kann. Auch die einzig verbliebene Supermacht braucht Verbündete, sei es um die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu mildern oder der Bedrohung durch den Terrorismus Herr zu werden.

Die Charmeoffensive der Amerikaner übertrifft alles, was man von dieser Seite in den letzten Jahren erleben konnte. Nicht nur die Europäer sind begeistert. Obama verspricht eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe, verurteilt Menschenrechtsverletzungen, schließt Guantanamo, fordert die Ächtung der Atomwaffen, bietet den Iranern Gespräche an, durchbricht das jahrzehntelang geltende Embargo gegen Kuba. Er gibt Fehler offen zu. Dies trifft in den Vereinigten

Staaten nicht nur auf Zustimmung. Seine Gegner bezeichnen ihn als naiv. In Afghanistan, das er als größte Herausforderung amerikanischer Außenpolitik identifiziert hat, versucht er mit einem modifizierten Ansatz Erfolg zu haben.

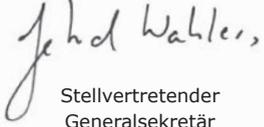
Als der damalige Wahlkämpfer Obama an der Siegestsäule vor Zehntausenden jubelnder Deutscher seine Außenpolitik skizzierte, fragte mich mein Sohn, der aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit als Leiter unseres Washingtoner Büros in den USA aufgewachsen war, ob die jubelnde Schar tatsächlich verstehe, was Obama gerade gesagt habe. Auch heute muss man sich fragen, ob tatsächlich die Botschaft Obamas in ihrer Totalität von jedem der Jubelnden begriffen wird.

Nicht alles, was die Vorgängerregierung gemacht hat, war falsch. In der Afghanistanstrategie macht sich Präsident Obama die Erfahrungen zunutze, die die Bush-Regierung im Irak gemacht hat. Die Truppenaufstockung ist Konsequenz aus den positiven Erfahrungen, die man mit dem so genannten *surge*, also der zusätzlichen Entsendung von Soldaten in den Irak, gemacht hat. Dies hatte der Wahlkämpfer Obama noch für falsch erachtet. Auch bleibt die grundsätzliche Annahme, dass der islamistische Terrorismus seine Ursache in den mangelnden Entwicklungs- und Partizipationsmöglichkeiten von Millionen junger Menschen aufgrund autoritärer Regierungsstrukturen islamisch geprägter Staaten hat, richtig.

Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe bedeutet auch Engagement. Das Thema *burden sharing* ist bei weitem nicht neu, diesmal wird es besonders schwerfallen, uns dem zu entziehen. Auch wird es immer schwieriger, Fehlentwicklungen im eigenen Land den Amerikanern anzulasten. Dies wird eine Konsequenz für die lateinamerikanischen Länder nach dem Amerikagipfel auf Trinidad und Tobago sein. Obama weiß, dass er von den Europäern keine massiven Truppenaufstockungen in Afghanistan erwarten kann. Erwarten wird er aber ein verstärktes Engagement. Dies erfordert den Mut der europäischen Regierungen, sich klar auch in der Öffentlichkeit hinter diese Strategie zu stellen und trotz Wirtschafts- und Finanzkrise die Beiträge zu erhöhen.

Amerika ist und bleibt die entscheidende Ordnungsmacht der Welt. Wir haben ein Interesse an einem starken Amerika. Deshalb ist es gut, dass die neue Regierung ihr Ansehen in der Welt wieder verbessert. Aber auch wir haben unseren

Beitrag zu leisten. Die ersten 100 Tage der neuen Obama-Regierung sind vorüber. Obama braucht Erfolg, sowohl innen- als auch außenpolitisch. Die nächsten Kongresswahlen werfen ihre Schatten voraus. Wir werden schon bald sehen: *The honeymoon is over.*



Stellvertretender
Generalsekretär